

## Farbenschranke hindert Gewerkschaftseinheit

### *Zur gewerkschaftlichen Situation in Südafrika*

Das Land an der Südspitze Afrikas ist in den letzten Monaten mehr und mehr zu einem Brennpunkt weltpolitischer Auseinandersetzungen geworden. Eine der großen Fragen unseres Jahrhunderts wird sich hier entscheiden: ob es möglich ist, die Überwindung des Kolonialgedankens (und der damit verbundenen Rassenvorurteile bei Schwarz und Weiß) mit friedlichen Mitteln von innen heraus, durch äußeren Druck anderer Mächte — etwa der UNO — oder aber allein durch eine Revolution der unterdrückten Rassen herbeizuführen. Die afrikanischen Völker werden ihre Lehren aus den Geschehnissen in Südafrika zu ziehen wissen. Das ist die große Verantwortung dieses Staates, und nicht viele seiner weißen Einwohner scheinen sich dessen bewußt zu sein, daß sie die Hauptrolle in einem Präzedenzfall spielen, auf dessen Ausgang die anderen afrikanischen Völker — an der Goldküste, in Ostafrika und im Norden des Kontinents — mit gespannter Erwartung schauen.

Die Südafrikanische Union ist mit 12 Millionen Einwohnern auf 1 220 000 qkm eines der dichtest besiedelten Gebiete Afrikas. Nur rund 2,5 Millionen davon sind Weiße, aufgespalten in eine Englisch sprechende und eine Afrikaans sprechende Gruppe. Ihnen gegenüber stehen etwa acht Millionen Angehörige der verschiedenen Eingeborenenrassen: Zulu, Basuto, Bavenda, Betschuana und andere. Von ihnen leben etwa 6,5 Millionen auf dem Lande, als Farmarbeiter oder in den Reservaten, in denen nur Eingeborene Landbesitz haben dürfen. Hauptsächlich in der Kapprovinz leben die rund eine Million Mischlinge, Nachkommen europäischer und afrikanischer Elternteile aus der Zeit, in der Heiraten zwischen den Rassen noch gestattet waren. Sie bilden eine Bevölkerungsschicht für sich, die ebenso wie die Malaien, Chinesen und Inder untereinander zusammenhalten, jedoch gegeneinander oft eine feindliche Haltung einnehmen. Es ist leicht, zu ermessen, welche Vielzahl von Reibungsflächen sich aus dieser Vielfalt der Rassen ergibt; um so mehr, als es durchaus im Interesse der regierenden — weißen — Rasse zu liegen scheint, die anderen Partner in diesem Zustand der Uneinigkeit zu belassen. Nur so läßt sich ja ihr Herrschaftsanspruch ungehindert aufrechterhalten. Dieses tief verwurzelte Rassen-

## FARBENSCHRANKE HINDERT GEWERKSCHAFTSEINHEIT

Vorurteil zwischen Weiß und Schwarz muß man sich immer vor Augen halten, wenn man die politische Situation Südafrikas begreifen will. Rassenbewußtsein steht hierzulande in jedem Falle vor Klassenbewußtsein, und darin liegt der Hauptgrund für die politische Schwäche der Gewerkschaftsbewegung.

Eine echte Dachorganisation, wie sie etwa der DGB in Deutschland darstellt, gibt es nicht. Vielmehr bemühen sich zwei Verbände um die Gunst der einzelnen Industriegewerkschaften: der „South African Trades and Labour Council“ und der „Coordinating Council of South African Trade Unions“. Bei dem letzteren handelt es sich um eine stark unter dem Einfluß der „Nationalen Partei“ *Malans* stehende Gründung aus dem Jahr 1948. Bis jetzt gehören ihm die Bergarbeiter- und Metallarbeitergewerkschaften an, zweifellos zwei der bedeutendsten des Landes. Farbigen Arbeitern ist die Mitgliedschaft verwehrt. Die andere Organisation, gegründet 1925, überläßt den einzelnen Mitgliedsgewerkschaften die Entscheidung über die Aufnahme von farbigen Mitgliedern. Hauptstütze einer mehr fortschrittlichen Haltung in der Rassenfrage ist hier die Textilarbeitergewerkschaft, deren Mitglieder zu etwa gleichen Teilen weiße und farbige Arbeiterinnen sind. So wurde denn auch ihren Delegierten zu einer Textilarbeiterkonferenz in England kurzerhand die Ausreise aus Südafrika verwehrt.

Die Mehrzahl der weißen Facharbeiter — deren Lebensstandard dem des amerikanischen Arbeiters kaum nachsteht — sieht in dieser „Farbenschranke“ eine naturgegebene Grenze zwischen ihm und dem als Arbeitskraft „minderwertigen“ Eingeborenen oder Farbigen. Diese Einstellung ist am besten mit einer Erklärung des Ministerpräsidenten Malan umschrieben, der sich zu diesem Zwecke eines Bibelwortes bediente und sagte, in seinem Staate seien die Eingeborenen „zu Holzhackern und Wasserträgern“ bestimmt. In der Praxis sieht das so aus, daß zum Beispiel in den Johannesburger Goldbergwerken alle schwere Handarbeit von Eingeborenen getan wird und die Weißen nur als Aufsichtspersonal arbeiten. Diese Eingeborenen sind meist Wander- und Saisonarbeiter aus den Eingeborenenreservaten, die durch den Zwang, eine „Kopfsteuer“ zu entrichten, in die Vermittlungsbüros der Bergwerke getrieben werden. Von dort gehen sie für mindestens neun Monate, oft aber wesentlich länger, in die Arbeitslager der Bergwerkskonzerne am „Witwatersrand“ in und um Johannesburg.

Von den 300 000 schwarzen Arbeitern dieser Bergwerke im Jahre 1943 verdienten über die Hälfte weniger als 1,20 DM für die Acht-Stunden-Schicht, und nur 1300 von ihnen verdienten den zulässigen Höchstsatz von 3,60 DM pro Schicht. Die ersten Monate hindurch bekamen die Arbeiter so gut wie nichts ausbezahlt, denn das Handgeld, das sie bei der Anwerbung erhielten, muß zurückgezahlt werden. Außerdem müssen sie sich auf eigene Kosten von der Gesellschaft ein paar Arbeitstiefel und eine Matratze zum Schlafen beschaffen. Diese und die folgenden Zahlen sprechen für sich. Im Jahre 1947 (spätere Statistiken waren nicht verfügbar) schütteten die Bergwerksgesellschaften der Südafrikanischen Union 20,4 Millionen Pfund Dividenden aus (etwa 224 Millionen DM). An Löhnen und Gehältern wurden gezahlt: 18,3 Millionen Pfund (etwa 200 Millionen D-Mark) an 411 563 schwarze Bergarbeiter, 28,8 Millionen Pfund (etwa 316 Millionen D-Mark) an 50 579 weiße Bergarbeiter. Der Durchschnittsverdienst pro Kopf betrug also 566 Pfund (oder 6225 DM) für den weißen Bergarbeiter, 44,5 Pfund (oder 490 DM) für den schwarzen Bergarbeiter.

Nicht sehr viel besser liegen die Lohnverhältnisse der Farbigen in der Industrie, geschweige denn in der Landwirtschaft. So ist es kein Wunder, wenn sich allerorten eine Unruhe der Eingeborenen und Farbigen bemächtigt. Nur zu gern möchte man die Ursachen dafür in einem Anwachsen kommunistischer Agitationstätigkeit sehen. In Wirklichkeit beruhen sie jedoch einfach auf der Unzulänglichkeit der Lebensverhältnisse, unter der der größte Teil der Bevölkerung des Landes zu leiden hat. Natürlich stimmt

es, daß der Lebensstandard der schwarzen Industrie- und Bergwerksarbeiter, verglichen mit dem der Eingeborenen in den Reservaten, beträchtlich höher liegt. Der Bergarbeiter kehrt nach seiner mehrjährigen Verpflichtung zwar nicht als reicher, aber doch als besitzender Mann in seine Heimat zurück. Das Geld, das er im Bergbau verdiente, kann er in Vieh und — einer Frau anlegen. Ein bemerkenswertes Zeichen übrigens, wie geschickt es die kapitalistische Wirtschaftsführung des Landes verstanden hat, die ihr genehmen Einrichtungen der alten Stammesordnung — wie zum Beispiel die Sitte des Frauenkaufes — aufrechtzuerhalten, wo sie ihr von Nutzen sein konnten.

Keineswegs bloß aus moralischen, sondern auch aus rein wirtschaftspolitischen Gründen müßte es jedoch auch einleuchten, daß eine Hebung des Lebensstandards der schwarzen Bevölkerung sich nur zum Vorteil der Situation in Südafrika auswirken kann. Die Ansätze zu einer Massenproduktion verhältnismäßig preisgünstiger Textil- und Lederwaren sind vorhanden; aber sie können nicht ausgebaut werden, weil der natürliche Abnehmerkreis — die zweieinhalb Millionen schwarzen Arbeiterfamilien in Industrie und Landwirtschaft — auf einem Lohnstandard gehalten wird, der praktisch jede Neuanschaffung solcher Güter unmöglich macht. Ohne Übertreibung wird man feststellen dürfen, daß drei Viertel aller Eingeborenen entweder Lumpen oder die abgelegten, kaum weniger schäbigen Kleider der Weißen tragen.

Versuche von farbigen Arbeitern, eigene Gewerkschaften zu bilden, endeten nahezu regelmäßig in Fehlschlägen. Es fehlte an verhandlungsgewandten, gewerkschaftlich geschulten Persönlichkeiten, eine Folge der interesselosen, ja ablehnenden Haltung der „weißen“ Gewerkschaften gegenüber diesen Versuchen. Inzwischen haben einige Gewerkschaften mit der Bildung von Unterorganisationen für Eingeborene begonnen. Doch scheint dies mehr auf ein Aufsaugen der gewerkschaftsbewußten Eingeborenen hinauszulaufen als auf den Wunsch, ihnen eine echte Interessenvertretung zu schaffen. Bis jetzt ist es zum Beispiel nicht gelungen, das weißen Arbeitern seit 1924 garantierte Recht auf Tarifverhandlungen auf die eingeborenen Gewerkschaftsmitglieder auszudehnen.

Je mehr Zeit ungenützt verstreicht, desto schwieriger wird sich das Rassenproblem Südafrikas lösen lassen. Schon jetzt zeigt sich, als Reaktion auf die vorurteilsbelastete Haltung der Weißen, ein stetig zunehmendes National- und Rassenbewußtsein unter den schwarzen Völkern. Was als Abwehr gegen die Regierung Malan begann, kann in einem blutigen Aufruhr gegen alles Weiße enden, wenn man den berechtigten Forderungen der Schwarzen kein Verständnis entgegenbringt. Aber die Mehrzahl der weißen Arbeiter fürchtet (mit Recht, wenn es so weitergeht), daß sie eines Tages ihre gutbezahlten Arbeitsplätze an die schwarzen Arbeitskräfte verlieren wird, die einen niedrigeren Lebensstandard gewohnt sind. Deshalb müssen, so argumentieren viele, die Eingeborenen künstlich auf der Stufe des ungelerten oder angelernten Arbeiters gehalten werden. Bei einer vorurteilsfreien Betrachtung würde sich allerdings zeigen, daß sich aus einer Niveauhebung der schwarzen Arbeitskraft auch eine Niveauhebung des weißen Arbeiters ableiten müsse: Steigende Produktivität würde mehr und mehr weißen Arbeitern den Aufstieg in leitende Stellungen ermöglichen. Hier liegt die letzte Chance für eine friedliche Lösung der immer bedrohlicher werdenden Lage in Südafrika. Sie bedingt allerdings einen Gesinnungswandel in Kreisen der weißen Arbeitgeber sowohl wie der Arbeitnehmer.

Südafrika hat alle natürlichen Vorteile, die es zu *dem* vorherrschenden Industrieland des afrikanischen Kontinents machen könnten. Südafrika hat Bodenschätze und Energievorräte, eine hochqualifizierte weiße Facharbeiterschaft und eine Millionenzahl schwarzer Arbeitskräfte, die heute noch ungenutzt brachliegen, aber nur darauf warten, in den Arbeitsprozeß eingereicht zu werden. Allerdings gehört sorgfältige Planung dazu — und Auslandskapital.